



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1916

520 (6.11.1916) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-170071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-170071)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Chefredakteur Dr. Adolf...
Dr. Adolf...
Dr. Adolf...

Abonnement: Die Spalte...
Die Spalte...
Die Spalte...

Wöchentliche Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — „Das Weltgeschehen im Bilde“ in Kupfertiefdruck-Ausführung.

Die Aufrichtung des Königreichs Polen.

Erwartungen.

Am Jahre 1913 hat ein österreichischer Politiker in einer kleinen auch heute noch sehr lehrreichen Schrift (Drängende Fragen) bereits die Grundlagen und Gesichtspunkte aufgezeigt, von denen aus die Mittelmächte nunmehr die Lösung der polnischen Frage in Angriff genommen haben. Er führte aus, daß ein Krieg gegen Rußland nicht geführt werden könne, ohne daß auch eine Lösung der polnischen Frage in Aussicht gestellt werde. Wenn Deutschland siege, müsse es Polen von Rußland abtrennen. Sonst werde Polen unweiliger als Vorreiter der russischen Revolution verwendet und dem russischen Revolutionärsystem als Ziel der Vorbereitung aller russischen Provinzen, in denen Polen wohnen, gegeben. Rußland in einem Kriege besiegt und bleibe doch im Besitz des Weichsellandes, so werde es den Polen soziale Zustände machen als nur irgend möglich sei, um ihren Kampf die Enttäuschung gesteigerten Haß gegen Deutschland zu verschärfen. Deutschland sei dazu verpflichtet, wenn es Rußland niederwerfe, die polnische Frage zu lösen und man dürfe nicht zögern, erst wenn es sie gelöst habe, werde es seine Außenpolitik im größten Maß fortzuführen können, um die westlichen Grenzländer den Deutschen ganz zu gewinnen. Die Lösung der polnischen Frage wäre, daß ein neu erkundenes Polen in dem gegenwärtigen Verhältnis zu Deutschland trete müßte, denn wenn es Rußland verliere, da es aufhören würde, Rußland unmittelbarer Nachbar zu sein, jede Möglichkeit auf Rußland einen Druck auszuüben. Das Schwenden dieser internationalen Kombination verringern und würde Rußland gestatten ohne viel Rücksicht auf deutschen Einspruch, dem die deutsche Seemacht Nachdruck verleihen könnte, in Asien vorzugehen. Diese Darlegungen eines Österreicher aus dem Jahre 1913 lesen sich wie eine, wir möchten fast sagen, prophetische und durchschlagendere Begründung des an die polnischen Regierungen Berliner und Wiener Manifestes, so werden die Ausführungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, und auch der Politiker, der sich der Zweifel und Bedenken nicht entziehen kann, wird sich dem Gewicht dieser Gründe nicht entziehen wollen. Wenn irgend eine Frage, so betrifft die polnische, daß wir ihr ohne Voreingenommenheit gegenüberstehen und die für den Frieden der Welt allerdings unabweisbare Wahrheit begreifen, daß noch keine der großen europäischen Fragen eine resolute, ideale Lösung gefunden hat, alle Lösungen sind in Hinsicht auf Friedensgewähr mehr oder weniger relativ — viellecht wird die nunmehr gesundende Lösung der polnischen Frage eine dauernde, bald an- bald abzuwickelnde europäische Schwierigkeit bleiben, viellecht auch nicht. Man wird in den kritischen internationalen Fragen immer mehr erreichen, als daß die Vorteile die Nachteile überwiegen. Wir können nur wünschen, daß es sich auch so mit dem neuen Königreich Polen gestaltet.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat uns der österreichische Politiker die Vorteile einer Bestätigung Kongress-Polen auf Rußland auseinandergesetzt, besser noch, uns den Kongress-Polen greifbar gemacht, aus dem heraus wir im Sinne des Manifestes handeln mußten. Es ist ganz sicher, daß Rußland mit den Polen genau so verfahren wäre, wie oben dargestellt worden. Rußland hat während des ganzen Krieges nicht weniger als die Autonomie zu versprechen; auch aus allerjüngster Zeit sind Verhandlungen Stürmers mit dem polnischen Reichsratsmitglied Grafen Wielopolski bekannt geworden über Projekte der Autonomie Polens. Und wir dürfen wohl kaum zweifeln, daß Rußland in einem nicht weit entfernten Polen nicht nur die Festungen und strategischen Stellungen, sondern auch die Weister gerichtet und gerüstet haben würde zum Kriege gegen Deutschland, und wir haben keine Zweifel, daß die Bestimmungen der polnischen Aristokratie, der polnischen Inhaberin und mancher anderen Kreise, würden diese Neigung viellecht nicht ganz abstellen werden. Es ist in dem neu errichteten Königreich Polen, das doch nicht zu einem Drittel die Hoffnungen der polnischen Patrioten erfüllt werden im Osten, wie das die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bereits darlegt, nicht nur eine bessere militärische Grenze erhalten, wir werden bis Warschau und viel weiter über Warschau hinaus, bis Brest-Litowsk Bundesgenossen sein, wenn unsere Hoffnungen sich erfüllen, die Bestimmungen der polnischen Aristokratie, die die Beteiligung Polens knüpfen, an die Errichtung des neuen Königreiches Polens mit eigenem Heer.

Wir wissen das heute nicht und werden gut tun Mühen zu halten. Es hängt das Vertrauen auf die militärische Bonität des neuen Königreiches Polen von sehr vielen, heute noch schwer voraussehbaren Faktoren ab. Wir wissen Hand wird die Königswürde gelegt werden? Man wird vom österreichischen Erzherzog Karl Stefan, dessen Name der Kaiser noch im September dieses Jahres in Rom genannt ist. Eine gewisse Gewähr des Einflusses des neuen Königreiches mit Österreich-Ungarn und seinem deutschen Verbündeten würde natürlich in solcher Wahl liegen, aber auch nicht mehr als eine gewisse. Wir haben in diesem Zusammenhang erlebt, daß in den großen Kriegen Völkern Führer sind als Könige; auch starke Könige sind diesem Strom gegenüber oft nicht mächtig genug.

Eine andere Gewähr für Treue sucht man offenbar in der Verbindung Galizien mit Autonomie. Wir wissen, daß das russische Programm, das den Polen vorgegaukelt worden ist, die Aufhebung der Teilungsgrenzen anknüpfen

ließ, und wir wissen, daß eine breite Strömung unter den Polen, die in Warschau die Liga für polnische Staatlichkeit hervorrief, die Vereinigung Kongress-Polen mit Galizien fordert. Wir müssen erwarten, ob die erhobene Abfälligkeit die Polen dauernd befriedigen wird.

Eine dritte Gewähr endlich für polnische Loyalität sieht man in dem Anschluß des neuen Königreiches Polen an die beiden verbündeten Mächte. Wir wissen noch nicht, welcher Art er sein wird. Aber — da man aus Rücksicht auf die Deutschen in Österreich keine Vereinigung von Kongress-Polen mit Galizien und aus Rücksicht auf das nationale staatliche Wesen des Deutschen Reiches keine Angliederung von Teilen oder des ganzen Kongress-Polen an Deutschland gewährt hat, sondern ein unabhängiges Königreich mit eigenem Parlament, eigener Verwaltung und eigenem Heer errichtet, so wird der Anschluß an Verträge ruhen müssen, ohne die Möglichkeiten direkten Eingreifens und Zugreifens seiner großen Nachbarn. Verträge haben Wert bei dauernder und erkannter Interessengemeinschaft; wir wollen hoffen, daß das Polentum dauernd seinen Nutzen im Anschluß an Deutschland und Österreich-Ungarn erkennen wird. Wir haben auch darüber keine Illusionen, daß Rußland wie England und Frankreich es anders zu befehlen suchen werden. Wir werden daher gerade in dem neuen Königreich Polen jene stillen und unaufdringlichen Beeinflussungen des öffentlichen Geistes pflegen müssen, die wir z. B. in Belgien, Italien und Rumänien so fruchtbar vernachlässigt haben. Andernfalls könnte natürlich, wenn wir diesen ohnehin bedrohten Boden auch noch von außen unterminieren lassen, das eigene Heer, das wir den Polen in großer und ritterlicher Freigebigkeit zugehen, aus einer Waise für Mitteleuropa, zu einer Waise gegen uns werden. Am 22. Oktober — das sei in diesem Zusammenhang erwähnt — hat in Warschau eine große polnische Versammlung stattgefunden, in der ein selbständiges Polen gefordert wurde in einem Bündnis mit den Mittelmächten, das in Handelsverträgen und Militärkonventionen seinen Ausdruck finde und in dem gefassten Beschluß fand sich der Satz: „Wir wenden uns an die Mittelmächte mit der Erklärung, daß wir aktiven Anteil am Kriege mit Rußland verlangen.“ So berichtet die „Allg. Postzeitg.“. Ein Welterhalt dieser Forderung finden wir in der Rede Bessieres in Warschau, die wir weiter unten mitteilen: Überall regt sich das Streben nach tätiger Teilnahme am Befreiungskampf; bald wird, so hoffen wir, ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen um seine Fahnen schart, das Symbol staatlicher Selbständigkeit, zu seinem Schutze bereit stehen.

Natürlich würde etwaiger Augenblicksgewinn außerordentlich teuer erkauft sein, wenn der selbständige Staat, den wir dem Polentum als Gegengabe bieten, sich später einmal zu einer Gefahr für unser eigenes Staatswesen auswachsen könnte. Und da denken wir nicht sowohl daran, daß das neue Staatswesen, in dem aus wirtschaftlichen und anderen Gründen Teile immer noch Rußland tendieren werden, einmal der Bundesgenosse unserer Feinde werden könnte, sondern an die Angelegenheit der selbständigen polnischen Staaten auf den preussischen und galizischen „Anteil“. Vor allem natürlich auf den preussischen Anteil. Auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schlägt diese Bedenken nicht in den Wind. Wir stehen da vor schweren Aufgaben, und wir müssen ihnen scharf ins Auge sehen. Fürst Bülow hat in seiner Deutschen Politik ein besonderes Kapitel der Ostmarkenpolitik und dieses sollte gerade jetzt mit größter Aufmerksamkeit gelesen werden. Sollte, so sagt er, durch uns jetzt dauernd für die Polen verwirklicht werden, was sie von unserm gefährlichsten Feinde, Napoleon I., nicht erlangen konnten, so muß die unabweisbare Zusammengehörigkeit der preussischen Monarchie und ihrer östlichen Grenzländer um so sorgfamer und gewissenhafter gewahrt werden. Was das deutsche Schwert mit deutschem Blut und deutscher Kraft für die polnische Sache erkämpft, darf in der Folge nicht dem preussischen Staat und dem Deutschen Schaden bringen. Ungefähr so sagt es ja die Norddeutsche Allgemeine Zeitung auch, nur mit etwas anderen Worten, mit etwas anderen und weniger entscheidenden Worten, wir hätten sie gerne etwas kräftiger gewünscht. Wir dürfen keine polnische Irredenta in der Ostmarken aufkommen lassen, die deutsch zu erhalten mehr ist als eine preussische Angelegenheit, eine Sache des gesamten deutschen Volkes, eine nationale Pflicht des deutschen Volkes gegen sich selbst. Doch in dieser Hinsicht gewisse Gefahren mit der Errichtung eines selbständigen Königreiches Polen an unserer Ostgrenze verbunden sind, ist ganz unabweisbar und wir haben die Pflicht ihnen entgegenzuwirken. Wir müssen von unseren Polen fordern, daß sie sich als deutsche Reichsbürger geben. Niemand wird verlangen, daß sie ihrer polnischen Nationalität untreu werden, aber ebenso wird darauf zu bestehen sein, daß sie sich im öffentlichen Leben, in ihrer Presse, in der Predigt als gute Preußen geben. Die deutsche Sprache muß von den Polen als die alleinige Landesprache anerkannt werden. Man hat auch empfohlen, die Polen, die nicht Preußen bleiben wollen, sollten auswandern. Der Gedanke der großen Umstellung ist ja oft genug erörtert worden. Auftrag Wagner, einer der Führer des ostmärkischen Deutschtums, hat vorgeschlagen, daß denselben preussischen Polen, die nicht abwandern wollen, das Staatsbürgerrecht des neuen polnischen Staates zu erwerben gestattet werde. Aus den Kreisen des Ostmarkenvereins stammt auch der Vorschlag einen Gürtel deutscher Siedlungen an der Westgrenze des neuen Königreiches anzulegen. Wie dem auch werden möge, wir vertrauen, daß unsere Ost-

markenpolitik mit fester, aber gerechter Hand weitergeführt werde, ohne Chicanen und Quälereien, aber mit aller Entschlossenheit die deutsche Ostmark, dieses große Siedlungsgebiet aller deutschen Stämme deutsch zu erhalten, im Sinne der Antikündigung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung von „den jetzt und in Zukunft unaufhörlich zum preussischen Staate gehörenden Polen“. Es sei übrigens hier die Stimme eines Warschauer Politikers erwähnt, Wladislaw Stundki, der im Goniec es klar ausgesprochen hat: „Das Polentum und der preussische Anteil kommen nicht in unseren Staatsverband. Aus dem russischen Anteil und nur aus ihm kann man einen polnischen Staat herausheben“. Polen schreibt dieser Politiker die Rolle der Vermittlerin zwischen den rivalisierenden und kulturellen Errungenschaften Deutschlands und Polen zu. Wir möchten wünschen, daß unsere polnischen Mitbürger in der Ostmark sich auf diesen Boden stellen, dann werden wir zweifellos zu erträglichen Zuständen kommen.

Welchen Einfluß die Errichtung des neuen Königreiches auf unser Verhältnis zu Rußland haben wird, muß die Zukunft zeigen. Keine Wünsche nach einer Änderung der diplomatischen Konstellation können uns von der Pflicht entbinden den breiten russischen Keil zu entfernen, der sich zwischen die preussischen Provinzen schiebt und von dem aus ein so schwerer Druck auf Galizien geübt werden konnte. Im übrigen haben uns gute Beobachter der russischen Volksseele und Politik schon seit längerer Zeit versichert, daß Rußland sich damit abzufinden wissen werde, die westlichen Randländer zu verlieren, denen gegenüber der orthodoxe Nationalstaat doch immer ein Scheues und fremdes Gefühl aus kulturellen und religiösen Gründen gehabt habe. Das übrige wird der Krieg vollenden. Der bulgarische Ministerpräsident hat uns in einer an anderer Stelle wiedergegebenen Unterredung gezeigt, daß Rußland seinem militärischen Zusammenbruch entgegensteht, und er hat den Russen deutlich gemacht, daß die verbündeten Heere an die Pforten Bessarabiens, der Krim und in der Dage sein würden. Von dem Verlust Polens wird eine bessere Gestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses, die wir wünschen, vermutlich nicht herabgeführt werden.

So wollen wir denn hoffen, daß das neue Königreich Polen, das keine absolute und ideale Lösung des polnischen Problems darstellt und darstellen kann, genau so wenig wie irgend eine der anderen zahlreichen vorgeschlagenen Lösungen, sich als starkes militärisches Bollwerk gegen Rußland, als ein fester, nicht unterwühlbarer Eckstein des mitteleuropäischen Staatenbundes erweisen werde.

Das Manifest.

Berlin, 5. November. Folgendes Manifest wird heute durch den kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau, General der Infanterie von Bessieres, verkündigt:

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihnen tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entlassenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genaue Bestimmung der Grenzen des Königreiches Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgerschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Begeisterungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Kämpfer in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuverlässigsten Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreiches Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreiches Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erblicken und aufblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur.

Eine Rundgebung gleichen Inhalts wird von dem A. und K. Militär-Gouverneur in Lublin, Feldzeugmeister Ruf, bekannt gegeben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt hierzu:

Polens Schicksalsstunde.

Deutschland und Österreich-Ungarn haben eine geschichtliche Entscheidung getroffen. Sie haben die Bildung des polnischen Staates beschlossen. Hundert Jahre sind vergangen, seitdem die europäischen Mächte im Wiener Kongreß den Hauptkörper Polens aus dem westlichen Kulturkreis heraus-

genannt und Rußlands Händen unvertraut hatten. Nicht die „Bekehrter der kleinen Nationen“ sind es, die jetzt dieses Land seiner nationalen Entwicklung zurückgeben, sondern die beiden Mächte, gegen die nämlich im Namen der kleinen Nationen der Haß der ganzen Welt aufgerufen worden ist. Die Westmächte haben Polen mancherlei platonische Sympathien bezeugt. Gar manches zu keiner Tat verpflichtende „Vivo la Polonia“ erklang aus dem Westen. Jedemal, wenn sich die Polen im Vertrauen auf Hilfe aus London und Paris in den Kampf um ihre Unabhängigkeit begaben, zeigte es sich, daß sie auf leere Worte gebaut hatten. Von dieser Seite konnte ihnen die Freiheit nicht kommen. Wären heute die Entscheidungen anders gefallen, wären im Osten die russischen Waffen siegreich, so hätten wiederum für hundert Jahre ohne Anspruch der Westmächte die Bevölkerung Kongreßpolens ihre Ketten von Versprechungen zu Versprechungen geschleppt.

Die Befreiung Polens ist mit dem Siege Deutschlands und seiner Verbündeten verknüpft. Nur sie, nicht Rußland und nicht die Westmächte, haben an dem Bestand eines freien Polens ein eigenes Lebensinteresse. Die Erkenntnis dieses Interesses, zu der die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert drängt, ist — wir wissen es wohl — noch nicht überall in Deutschland durchgedrungen. Und es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken zu verwechseln, die manchen patriotischen Mann bei uns hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gutzuheißen, der mit dem Manifest getan wird. Manche Erfahrungen mit den jetzt und in Zukunft unaufschieblich zum preussischen Staate gehörigen Polen scheinen dem großen Wurf, den wir tun, nicht günstig zu sein.

Ueber allem Für und Wider aber steht beherrschend der Satz, daß wir um unserer eigenen Zukunft willen Polen nicht an Rußland zurückfallen lassen dürfen. Deutschlands Sicherheit verlangt für alle kommende Zeit, daß nicht aus einem als militärisches Ausfallstor ausgebauten Polen russische Heere, Schützen von Ost- und Westpreußen trennend, in das Reich einbrechen können. Nicht immer wird ein gütliches Geschick uns einen Hindenburg zur Verfügung stellen, um trotz solcher Grenzen die Außenwelt einzudämmen. Um drei Millionen wächst alljährlich die Bevölkerung des Reichsreiches im Osten. Kürzere, stark geschnittene Grenzen werden das festeste Fundament eines ruhigen Verhältnisses zu unserem russischen Nachbar sein. Wir werden es als eines so großen Gewinn anzusehen haben, wenn wir auch bei den Entwicklungen und Aufgaben kommender Friedensjahre die Polen an unserer Seite haben, die nach Kultur, Religion und Geschichte in der Vergangenheit zum Westen gehören und auch für die Zukunft dorthin gehören sollen.

Den von der russischen Herrschaft befreiten Polen bieten wir die Möglichkeit, sich in einem eigenen Staate an die Weltmächte anzuschließen und in festem Verbände mit ihnen ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu führen. Dabei werden sie namentlich für die nächste Zeit auf unsere Hilfe starken Anspruch machen. Die russische Herrschaft hat politisches Beamtentum, polnische Lehrentätigkeit, polnische Wehrkraft nicht aufkommen lassen. Sie hat das aufstrebende Volk niederzupressen, zu trennen, zu verwirren gewußt. Behn- und Wasserstraßen sind vernachlässigt. Überall sind die Grundlagen staatlicher Verwaltung erst zu schaffen. Mancherlei ist während der Okkupation bei verhältnismäßiger Mitarbeit der Polen bereits geschehen worden. Auch militärische Kräfte sind von den Polen für die Befreiung vom russischen Joch eingesetzt worden. Die Polnischen Legionen haben bereits in mancher Schlacht an der Seite der Mittelmächte ruhmvoll gegen Rußland gekämpft. Die Errichtung einer polnischen Obermacht ist also an sich nichts Neues. Indem die Mittelmächte den Polen den allmählichen Ausbau einer eigenen Obermacht gestatten, erfüllen sie ihnen einen brennenden Wunsch, der bei dieser militärisch so begabten Nation besonders begreiflich ist. Schritt für Schritt wird der Aufbau des polnischen Staatswesens weitergeführt werden. Harte mühselige Arbeit wird zu leisten sein. Ueber alle Schwierigkeiten hinweg wird die alte staatenbildende Kraft unseres Volkes das große Ziel erreichen und erreichen helfen. So werden wir mit der Zeit im neuen polnischen Staate einen tüchtigen befreundeten Nachbarn erhalten, Deutschland nach Osten sichern und der Zukunft Europas einen wertvollen Genossen gewinnen.

Die Verbündigung in Warschau.

Warschau, 5. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Seit den frühen Morgenstunden kündigte eine stetig wachsende Bewegung in den Straßen von Warschau das Vorgefühl der Bewohner der alten Königsstadt für das kommende geschichtliche Ereignis an. Der herrlichste Herbsttag begünstigte den Zugang der vielen Tausende nach den Straßen, die zum Schloß führen, insbesondere nach der Sigmund-Säule, die der Menge zum Mittelpunkt ihrer Versammlung wurde. Generalgouverneur von Beseler hatte Vertreter der deutschen und polnischen Presse, sowie die zurzeit in Warschau anwesenden Mitglieder der neutralen Presse eingeladen, sich ihm vor Beginn der offiziellen Feiern in seinem Wohnsitz Schloß Belvedere vorzustellen. Unter Führung des Majors Schweitzer vom Stellvertretenden Generalstab und des Rittmeisters Baron von Kleidorf vom Kriegspresseamt fanden sich die Herren um 10 Uhr im Schloße ein und hatten vor Ankunft des Generalgouverneurs noch Gelegenheit, die Schönheiten des herrlichen Parkes, deren Reize in den Farben des Herbstes besonders eindrucksvoll waren, zu bewundern. Erzelenz von Beseler begrüßte die kleine Versammlung herzlich und nies in einer längeren, eindrucksvollen Ansprache auf die geschichtliche Bedeutung des Tages hin. Das bevorstehende Ereignis habe sich aus den gegebenen Verhältnissen heraus mit einer gewissen Notwendigkeit entwickelt. Es gereicht uns, bemerkt der Generalgouverneur, zur Freude, daß dieser Schritt überhaupt einmal erst mit der Frage aufzuräumen wird, die über hundert Jahre an Europa gezeit hat. Wir haben das feste Vertrauen, daß diese uns gewordenen Fügung zu einem guten Ende führen wird. We, die die Verantwortung für diesen, verlaßt von mancher Seite angefochtenen Schritt tragen, sind sich dessen voll bewußt. Wenn die Gegner sagen sollten, die Deutschen bränten eben Soldaten, so ist uns das Nebenache, obwohl Polen immer ein altes Soldatenland gewesen ist. Die Hauptsache ist uns das große politische Ereignis, das Osteuropa in ein ganz anderes Verhältnis zu den uns vom Osten bedrohlichen Mächten setzen wird. Unser Vorgehen soll nicht nur Polen zum Nutzen gereichen,

sondern überhaupt der ganzen Welt ein Beispiel dafür bieten, daß nicht nur die kleinen Nationen unterdrückt, und daß wir auch gewillt sind, beim Frieden die Welt auf guten und festen Boden zu stellen.

Die Feier im Schloß.

Nach der Ansprache verabschiedete sich Erzelenz v. Beseler aufs herzlichste von den erschienenen Herren. Nach Beendigung des Empfanges begaben sich die Herren nach dem Schloß, wo schon von 11 Uhr an die Gäste zu der auf Mittag angelegten Festlichkeit einzutreffen begannen. Zimmer dichter wurde die Menge auf den Zufahrtsstraßen. Vereine und studentische Korporationen zogen mit Fahnen nach dem Innern des Schloßes, das allmählich völlig von Menschen erfüllt war. Auch landwirtschaftliche Korporationen hatten sich in bemerkenswerter Zahl eingefunden. Die gesamte Studentenschaft der Universität, der Technischen Hochschule, der Landwirtschaftlichen Hochschule und der Handelshochschule, mehr als 3000, hatten sich zusammen mit den in Warschau auf Urlaub befindlichen Angehörigen der Polnischen Legion eingefunden, um ihre patriotische Teilnahme an dem zu erwartenden großen Ereignis zu bekunden. Die farbigen Trachten, zusammen mit den wehenden Bannern in der leuchtenden Sonne schufen ein prächtiges abwechslungsreiches Bild, das auch von den Fenstern des Schloßes aus gesehen einen packenden Eindruck von der gehobenen Stimmung gab, in der sich die Bevölkerung befand. Inzwischen versammelten sich im Kolonnen-Saal des Schloßes, wo der eigentliche Festakt stattfinden sollte, allmählich die geladenen Ehrengäste. Eine Estrade war rechts und links von Bonnerträgern der Warschauer Hochschulen konfiziert.

Zur Rechten nahmen die Generalität und höheren Stäbe Aufstellung. An der Spitze der Gouverneur, General der Infanterie von Eydorf, Stabschef General von Eich, Kommandant General von Ringelbach, General von Sady und Oberquartiermeister Oberstleutnant Hellfried, zur Linken der Estrade der Chef der Zivilverwaltung Erzelenz von Kries, Polizeipräsident von Glasenapp, die Mitglieder der Zivilverwaltung, der Vertreter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des k. u. k. Hofes, des Reichs, Hofrat Rosner und die Mitglieder der k. u. k. Vertretungen. Dem Platz des Generalgouverneurs gegenüber hatte der Erzbischof von Warschau Dr. von Hofowski Aufstellung genommen. Zu seiner Rechten stand der Stadtpräsident Fürst Lubomirski und der Stadtverordnetenvorsteher Universitätsdirektor Dr. von Brudzynski. In seiner Linken war der Stellvertretende Kommandant der Polnischen Legion Oberstbrigadier Graf Szopinski und der Vertreter der polnischen Generallandchaft.

Außerdem waren erschienen: Vertreter der Geistlichkeit aller Konfessionen, die Senate der Universität und Technischen Hochschule, der Magistrat und die Stadtverordneten von Warschau, Vertreter des Kreisrates Warschau-Land, der Gesellschaft der Wissenschaften und Kunstakademie, des Industriellenvereins und der christlichen Arbeiter- und sozialdemokratischen Organisationen, der Zentrallandwirtschaftlichen Gesellschaft und anderer Körperschaften, sowie der Hauptstaatsanwältin und der Schularzt. Unter den übrigen Ehrengästen befanden sich drei greise Professoren der im Jahre 1869 aufgehobenen Hauptstudie, sowie eine Anzahl Veteranen der Revolution von 1863.

Punkt 12 Uhr erschien der Generalgouverneur mit den Offizieren seines eigenen Stabes, betrat nach der Begrüßung der Versammlung die Estrade und nahm aus der Hand seines persönlichen Adjutanten Hauptmann von Heine die Proklamation entgegen, die er sodann unter dem eberbietigen Stillschweigen der Versammlung mit lauter und oft bewegter Stimme verlas. Hierauf übergab er Oberstleutnant Erzelenz Graf Hutten-Grapski den polnischen Text zur Vertiefung. Die Proklamation brach zum Schluß in wiederholte Rufe: „Ja“ und andauerndes Händeklatschen aus.

Stadtverordnetenvorsteher und Universitätsdirektor Dr. von Brudzynski sprach den Dank Polens in folgender Rede aus: „Wir empfangen diese feierliche Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen, durch welche unsere niemals verletzten Rechte auf eine unabhängige staatliche Existenz anerkannt und bekräftigt werden, in der besten Überzeugung, daß deren Inhalt von aufrichtigem Wohlwollen getragen ist und daß und zielbewußt verwirklicht wird. Die wesentlichste Gewähr dieser Verwirklichung würden wir in der Berufung eines Regenten als des Symbols der polnischen Staatlichkeit, sowie eines vorläufigen Staatsrates erblicken, bis zu dem Augenblick, in welchem der König von Polen an die Spitze des endgültig organisierten und in seinen Grenzen festgelegten polnischen Staates treten wird. Wir sind davon überzeugt, daß die Gesamtheit der staatlichen Interessen, welche die Zentralmächte und das Königreich Polen verbinden, zwischen ihnen beste freundschaftliche Beziehungen begründen und auf diese Weise allen Angehörigen unseres Staates günstige Bedingungen für die Entwicklung unseres nationalen Lebens schaffen wird. Eure Erzelenz bitten wir nunmehr, den beiden hochherzigen Monarchen den Ausdruck unseres festen Glaubens an die gedeihliche Verwirklichung ihres Willens zu übermitteln und ihnen unsere tiefgeföhlte Dankbarkeit auszudrücken. Es lebe ein freies und unabhängiges Polen!“

Die Rede rief erneute begeisterte Kundgebungen hervor. Man sah alte Männer Tränen vergießen. Die Begeisterung brach schließlich personell durch. Einzelne Personen brachten in ununterbrochener Folge Hochrufe auf das freie Polen und die verbündeten Monarchen aus.

Nach wieder eingetretener Ruhe hielt Erzelenz von Beseler die bereits im Wortlaut gemeldete Ansprache, an die anschließend die Gouvernementskapelle die alte polnische Nationalhymne: „Gott, der so Polen erhalten hat!“ spielte. In dem gleichen Augenblick wurde auf dem Schloßturm und an allen Ecken des Schloßes die polnische Fahne gehißt. Als die Klänge durch die geöffneten Fenster ins Freie drangen, stimmten die im Schloßhofe und außerhalb versammelten Tausenden entblöhten Hauptes in das seit der russischen Herrschaft streng verbotene Lied in tiefer Rührung ein. Die auf dem Schloß hochgehenden Fahnen veränderten der weithin harrenden Bevölkerung den denkwürdigen Augenblick und unendlicher, sich immer erneuernder Jubel begrüßte die Erfüllung der alten nationalen Wünsche, die neue Zukunft Polens.

Die Ansprache des Generalgouverneurs v. Beseler. Warschau, 5. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Die Ansprache des Generalgouverneurs v. Beseler nach Vertiefung der Proklamation im Kolonnen-Saal des Warschauer Schloßes lautete:

Mitten im Lobe des Weltkrieges führt der hochherzige Entschluß der verbündeten Monarchen den langgehegten Wunsch nach einem selbständigen polnischen Staate der Verwirklichung entgegen. Der trübe Zweifel, was soll aus uns werden, findet seinen Raum mehr in den

polnischen Herzen; ein neues, großes Ziel ist ihnen gegeben. Es gilt den Aufbau Ihres künftigen Staates. Noch sind das Land aus tausend Wunden, noch verlangt täglich auch die ihm der Kampf gegen seinen einstigen Unterdrücker neue Opfer. Überall aber teilt neues Leben, überall regt sich das Streben nach tätiger Teilnahme am Befreiungskampfe und an der Arbeit zur Heilung der vom Kriege geschlagenen Wunden. So treten Sie dem vertrauensvoll entgegen, so wie auch wir Ihnen unser Vertrauen entgegenbringen, um den Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen und in gemeinsamer Arbeit einen Grund zu legen für das polnische Königreich, in dessen Geburtsstunde wir stehen. Möge es sich als ein starkes Glied in den Bund der Staaten Europas einfügen, die durch gleichen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interesse miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind. Das Wort der erhabenen verbündeten Monarchen bürgt Ihnen Ihre Zukunft. Der polnische Staat erhebt, und bald hofften wir, ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen seine Fahnen schart, als Symbol staatlicher Selbstständigkeit seinem Schicksal bereitzehen. Einer glücklichen Zukunft des unabhängigen Polen gilt mein Wunsch!

Auf der Rückfahrt nach dem Schloß Belvedere wurde Erzelenz von Beseler überall mit begeisterten, dankbaren Kundgebungen begrüßt. Von den staatlichen Gebäuden und den deutsche und polnische Flaggen nebeneinander, eine Aufmerksamkeit, die von der Bevölkerung angenehm empfunden wurde. Zahlreiche Gebäude bis in die entlegenen Stadtteile zeigten die polnischen Farben. Ein bewegtes Straßenbild währte den ganzen Nachmittag. Namentlich Studentenverbindungen und Vereine zogen mit Fahnen unter Hochrufen vom Schloß die Krakowstrasse entlang. Die Verteilung von Sonderblättern mit der Vertiefung des Gnabenerlaß vermochten das Interesse des Publikums zu befriedigen. Am Nachmittag fand eine feierliche Sitzung der Stadtverordneten statt. Abends wurde in der Stadt Warschau eine Gala-Oper veranstaltet.

Galizien erhält Autonomie.

Wien, 4. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes allerhöchstes Handschreiben: „Lieber Dr. von Koerber! Im Sinne der von mir mit dem Deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen werden von unseren tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiges Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet. Bei diesem Anlaß bewege ich bewegten Herzens vieler Beweise der Hingebung, Treue, die ich im Laufe meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und reinen Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, heftigen feindlichen Anprall ausgeht, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu leisten hatte, die ihm einen dauernden Anspruch auf die wärmste väterliche Fürsorge sichern. Es ist daher mein Wunsch, in dem Augenblick, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, die Landesangelegenheiten bis zu dem vollen Bestehen dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Einheit und mit deren Gedelben im Einklang steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens eine Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung zu bieten. Indem ich Ihnen diese meine Absicht kund gebe, beauftrage ich Sie, zu ihrer gelegentlichen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen.“

Wien, 4. Nov. (WZ.) Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Am Montag, den 30. Oktober, empfing der Reichsminister des Außern, Baron von Burian, eine aus Warschau nach Berlin hier eingetroffene Abordnung polnischer Notablen, bestehend aus dem Rektor der Warschauer Universität und dem Präsidenten des Warschauer Gemeinderates, Josef Brudzynski, dem Bürgermeister von Warschau, Ingenieur Chmielowski, dem Vertreter der jüdischen Gemeinde, Staatsprofessor Kalkstein, dem Vertreter des Hauptstudienkollegiums Stanislaus Dzierzinski, dem gelehrten Duma-Präsidenten Michael von Lewpinski, dem Fürsten Franz Romanowitsch, Kommandanten der Warschauer Miliz, und dem Grafen Romanoff, Präsidenten des Volkswirtschaftlichen Ausschusses für Fürsorgeangelegenheiten. — Im Namen der Abordnung hielt Brudzynski eine Rede, in der er eine Reihe von Wünschen der polnischen Nation zum Ausdruck brachte, die in der Errichtung eines polnischen Staates gipelten.

Auf diese Ansprache erwiderte Baron Burian: „Es gereicht mir zur lebhaften Befriedigung, Sie mit sehr geehrten Herren, hier begrüßen und Ihnen mitteilen zu können, daß Seine Majestät mein allergnädigster Herr und allerhöchste dessen ertauhter Verbündeter, Seine Majestät der deutsche Kaiser, beschlossene haben, den polnischen Staat entstehen zu lassen. Das künftige Königreich Polen wird verständlich erst nach dem Friedensschluß seine volle Existenz beginnen können und im engen Anschluß an die beiden Zentralmächte, und zwar sowohl in politischer wie in militärischer Beziehung die Garantien für den Bestandes finden. Sie haben in Ihrem Memorandum eine Reihe von Wünschen zum Ausdruck gebracht, auf die ich noch nicht eingegangen werden kann. Sie können sich sicher sein, daß wir im Einvernehmen mit unserem deutschen Verbündeten bemüht sein werden, im geeigneten Augenblicke Ihren Wünschen nachzukommen. Auch bis jetzt haben wir schon vielfach den Wunsch unseres regen und werktätigen Interesses für Sie zum Ausdruck gebracht und für die Errichtung eines polnischen Staates gearbeitet. Wir dürfen jedoch in Kampf und Arbeit nicht nachlassen, sobald, wenn der Frieden kommen wird, die polnische Bevölkerung Ihr freigegebenes Land unter dem Auspicien werden überlassen können. Wir wollen Polen vom russischen Joch endgültig befreien und zählen dabei auch auf Ihre wertvolle Mithilfe. Hohenvolles Vertrauen zu uns, legen Sie Ihr Geschick mit uns in die Hände der verbündeten Mächte und wirken Sie in allen Ihren geistigen und materiellen Kräften mit zur Verwirklichung der von Österreich-Ungarn und Deutschland geschlossenen historischen Tat, der Wiedererrichtung des selbständigen Königreichs Polen.“

Die polnischen Herren verabschiedeten nach ihrer Begrüßung noch längere Zeit im Ministerium des Außern in angeregtem Gespräch mit Baron Burian und anderen Herren. Am nächsten Tage reisten sie wieder nach Warschau zurück.

Die Litauer.

Berlin, 5. Novbr. (WZ.) Die „Kölnener Zeitung“ schreibt zu dem Manifest über die Errichtung eines

Reichstagschluss.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Berlin, 4. November.

Der Reichstag ist heute endgültig in die Ferien gegangen, nachdem er noch am letzten Tage nahezu eifrigste Arbeit geleistet hat, auf volle drei Monate. Es ist mit dieser Herbsttagung eigentümlich zugegangen. Anfangs, als im Frühherbst das Reichsparlament zusammentrat, hatte man gemeint, es werde nur eine kurze Tagung werden; eine Woche, wenn es hoch käme, zwei Wochen. Nun ist der Reichstag nahezu 1 1/2 Monate befristet gewesen, hat an die Ausschüsse Arbeiten unermüdeten Fleiß gewandt, hat auch in der Vollversammlung mit den Worten nicht gepart. Und doch, wenn man auf alles zurückblickt, wird man das Ergebnis nicht recht froh. In diesem Rhythmus, mit mancherlei noch nicht ausgetragenen Differenzen beschwert, sind die Reichsböden auseinandergegangen. Diese Unbequemlichkeiten spielen auch in die heutige Aussprache, zumal mindestens in ihre Anfänge, stark hinein. Man hätte dem Reichstag gewünscht, daß er sich selber ohne Feierlichkeiten und ohne Kaiserliche Ordonnanz verabschiedete. Das hätte dem Reichstag keinen Schaden gebracht. Aber bei den verbündeten Regierungen war man folchem Wunsch nicht geneigt, nicht ganz ohne gewisse und gute Gründe: denn jede Parlamentstagung ist ein Akt der Befehlsausübung, die ohnehin in diesen Zeitläuften mit besonderer Befugnis arbeiten, Kräfte, die sie nur schwer vermissen. Aber auch dem Verlangen des Reichstages fehlt doch nicht die nötige Beachtung: gerade in dieser Tagung haben wir förmlich erfahren müssen, wie bitter nötig gerade in außerordentlichen Zeiten die Kontrollfunktion des Parlamentes ist. Dazu kamen dann noch andere Dinge, die sich bis in die letzten Tage oder genauer vielleicht bis in die letzten Stunden in Verhandlungen hinter den Kulissen abgepielt haben, und die doch auch einen Schatten auf das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag warfen. Man hat von ihnen heute nicht gesprochen, man wird vielleicht vor dem Frieden überhaupt nicht über sie im Reichstag reden. Aber sie sind doch nun einmal da und helfen mit dazu, Regierung und Reichstag, die gerade jetzt Mann neben Mann stehen müssen, auseinanderzuweisen. Und dann war doch auch noch ein Rest, zu tragen heraus peinlich, aus den Debatten vom 28. Oktober zurückzuführen, und gerade der war heute noch nicht ausgeräumt. Der Reichstag hat heute in früher Vormittagsstunde den Gesetzentwurf über die Schutzhaft in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Regierung hat dabei äußerlich ein freundliches Entgegenkommen gezeigt. Ministerialdirektor Leuschke versicherte, es seien Ermittlungen eingeleitet, es würden auch schon Ausschüsse gebildet, es würde zurechtfindend für eine weitestgehende und liberale Auffassung Sorge getragen werden. Aber doch die Regierung dem Antrag wirklich zustimmen würde, sagte er nicht. Er nicht und auch Herr Helfferich nicht, schon Herr Kieffer im Namen aller Parteien die Regierung behauptet, hier eine schnelle und unabweisliche Tat zu tun, und aus der Mitte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die in diesen Monaten — darüber wollen wir uns nicht täuschen — um ihre künftige Existenz ringt, die Abgeordneten Landesparlamentarier und Scheidemann in ganz besonders dringlichen, fast heftigen Sätzen den nämlichen Wunsch wiederholten.

Aber der Reichstag ist in die Ferien gegangen, auch der Ausschussauschuss wird nur zusammentreten, wenn die Regierung ihn ruft. Wenn sie darauf besteht, ist die Regierung also den unbedenklichen Dränger einzuweisen los und ledig. Aber man kann es nicht leichtfertig genug wünschen und der Regierung nicht nachdrücklich genug die Mahnung ans Herz legen, sich in diesen Stunden nicht auf das formale Recht zu verlassen. Wir wünschen in den nun folgenden Monaten alle, aber auch alle, den letzten Mann und die letzte Frau. Und in solchen Stunden der Entscheidung wird es immer gute Politik sein, nicht auf dem Schein zu bestehen und durch flüchtige Rücksichtigkeit, wo sie möglich ist, dem aufstrebenden Unwillen den Wind aus dem Segel zu nehmen. Woran dann vielleicht noch die andere Mahnung zu knüpfen wäre, die Regierung sollte in Zukunft mehr, als es bisher gebräuchlich ist, gegenüber anderen parlamentarischen Gewalten ihre Macht und ihr Recht durchzuführen versuchen.

Wie wir hören, ist an Stelle des Dr. Karl Liebknecht, dessen Mandat durch das heutige Urteil endgültig erledigt worden ist, Graf Zeppelin als bürgerlicher Sammelfandit auszuwählen.

Landleute und Volksernährung.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Graf Rankau, erklärt eine beherrschendere Aufzucht an die Landwirte Schleswig-Holsteins, in der es heißt:

Die schleswig-holsteinischen Landwirte und Landwirtinnen haben bisher hervorragendes geleistet, es gilt aber jetzt auch das Letzte herauszuholen, damit keine Stodung in der Ernährung des Volkes und in der Herstellung von Kriegsvorräten eintritt. Versäumnisse über wichtige und vermeintliche Fehler in der Ernährungspolitik dürfen daran ebenfalls nicht hindern, wie das Gefühl ungerechter Beurteilung der Landwirtschaft seitens gewisser Verbraucherkreise. Bergessen sind die schwersten Opfer auferlegt hat, daß die schleswig-holsteinischen und industriellen Verbraucher die schwersten Entbehrungen in der Lebenshaltung als etwas Selbstverständliches hingenommen haben und auch weiter hinnehmen werden, wenn nur für die allernotwendigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel das erforderliche Preisen gefordert wird. Und das ist die Versorgung mit Kartoffeln und Brot. Jeder sorge dafür, daß das Getreide sofort abgefordert wird und die Kartoffeln in die Städte kommen. Das ist augenblicklich das oberste Gebot des Tages. Wer diesem Gebot nicht nachkommt, ladet eine schwere Verantwortung und eine große Schuld auf sich. Jedem Soldat und jeder Arbeiter, der die größten Schwierigkeiten der Erfüllung dieser Pflicht hindern waren und noch sind, sie müssen aber überwunden werden. Das oberste Gebot ist aberhaupt in allen Fragen der Lebensunterhaltung oberster Grundfah, der eisernen „Wille“ zur Erfüllung der wasserländischen Pflicht, frei von schleswig-holsteinischer Gewinnlust, sei Gemeinwohl oder dem Mann und wird der Vernichtungswille unserer Feinde nicht erfüllen und auch der Landwirtschaft die Anerkennung nach dem Kriege nicht vorenthalten werden, auf die sie seinen Anspruch hat.

Handel und Industrie.

Wochenausweis der Bank von Frankreich vom 2. November 1916.

Table with 3 columns: Item, Francs, and 100 Francs. Rows include Gold in the Treasury, Gold in the Bank, Barres in Silver, etc.

Pariser Wertpapierbörse.

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include 3% Rente, 4% Rente, 5% Rente, etc.

Londoner Wertpapierbörse.

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include 2% Konsol, 3% Konsol, 4% Konsol, etc.

New Yorker Wertpapierbörse.

WTB New York, 4. Nov. An der heutigen Börse wies die Kursbewegung große Unregelmäßigkeiten auf. Gleich bei Eröffnung gestaltete sich die Tendenz nicht einheitlich. Im Verlaufe vermochten die Kurse auf günstige allgemeine Geschäftslage anzuziehen, als aber das erhöhte Kursniveau zu Gewinnrealisierungen benutzte wurde, trat allgemeine Abschwächung hervor. Schließlich wurde die Kursgestaltung wieder unregelmäßig. Industriewerte tendierten schwächer mit Ausnahme von Stahls und Metallaktien. Schiffsaktien neigten zur Schwäche, dagegen wiesen Eisenbahnen eher festere Haltung auf. Umsatz 530.000 Stück.

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include Wechsel auf London, Wechsel auf Paris, Silber Bullion, etc.

New York, 4. November (Bonds- und Aktienmarkt).

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include 4% Top. Santa Fe, 3% U.S. Gov. Bonds, etc.

New York, 4. November (Ergebnisübersicht).

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include 4% U.S. Gov. Bonds, 3% U.S. Gov. Bonds, etc.

Vom Holzmarkt.

Lebhafter Begehr ging von Rheinland und Westfalen nach süddeutscher Eichenschnittware aus und zwar sowohl für Möbel wie auch für Waggonbauzwecke. Während die schwächeren Dimensionen vielfach zum Export nach dem Auslande aufkauft wurden, blieben die stärkeren Dimensionen im Inlande für die heimische Industrie. Infolge dieser lebhaften Nachfrage sind die Preise auch ganz erheblich für Eichenschnittware gestiegen. Für Dimensionen, für die noch vor einigen Monaten M. 145 frei Schiff Mittelrhein bezahlt wurde, schwankt der Preis heute zwischen M. 170 bis 180 pro cbm. Es wurde dieser Preis heute sogar vielfach frei Waggon Karlsruhe erzielt. In trockener Eichenschnittware sind fast gar keine Bestände mehr in Süddeutschland vorhanden und werden die Preise naturgemäß für das wenige, was noch vorhanden, weiter steigen. Da auch in den Wäldern in den letzten Einschlagperioden sehr wenig Eichen zur Fällung gelangt sind, außerdem für das, was gefällt wurde, nicht die nötigen Gespanne zur Hand sind, so dürfte man in kurzer Zeit vor einer ungehaltenen Knappheit in Eichenschnittware stehen.

Die Rundholzmärkte in Baden, Bayern und Württemberg wiesen die bekannte lebhafteste Kaufstätigkeit der letzten Monate auch weiter auf. Besonders blieben die Flößholzländler sehr kaufbegeistert. Die rheinisch-westfälischen Sägewerke sind flott beschäftigt und suchen daher jetzt noch vor Schluss der Flößerei möglichst viel an die Sägen heran zu bekommen. Allgemein hörte man Preise von M. 95 mitunter auch einige Mark höher per cbm, Wassermass franco einer Säge um Mittel- bzw. Niederrhein nennen. Gleichzeitig hiermit beschloß der Verein der Holzindustriellen Rheinlands und Westfalens trotz der kürzlich erfolgten Erhöhung der Bauholzpreise auch diese letzten Preise wieder zu erhöhen. Es wurde festgesetzt für den Cubikmeter Bauholz, baubereit geschnitten M. 90, vollkantig M. 100 und scharfkantig M. 110 ab Säge. Infolge der Erhöhung dieser Preise werden die Anfragen aus den süddeutschen Sägewerken nach Bauholz von Seiten rheinisch-westfälischer Händler stark steigen.

Die rheinisch-westfälischen Händler im Bezirke des 7. und 8. Armeekorps haben sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß der Brettermarkt für Horendelierungen für sie ein unbedeutendes und nebensächliches Absatzgebiet geworden ist. Die Militärverwaltung hat wohl zur Lieferung im Monat November einige

Posten Bretter vergeben, jedoch ist das in Frage kommende Quantum ein so geringes, daß es im Vergleich zu den früheren Aufträgen kaum nennenswert ist. Außerdem sollen auch diese kleinen Aufträge nur auf Grund der alten Richtpreise erfolgt sein, von denen schon so oft auch an dieser Stelle bemerkt wurde, daß sie den Händler gar keinen oder nur sehr geringen Nutzen ließen. Der süddeutsche Brettermarkt in regulärer 16' Ware zeigte unverändert das Bild knappen Angebots von Seiten der Produktionsgebiete und starke Nachfrage von Seiten der süddeutschen und rheinisch-westfälischen Großhändler. Infolge dieser Verhältnisse hat der Preis für die 100 Stück 16' 1 1/2" Ausschubbord eine weitere Erhöhung erfahren und stellt derselbe sich heute auf mindestens M. 315 mitunter auch einige Mark mehr, frei Schiff Mittelrhein. Ebenso lebhaft wurde auf süddeutschen Werken nach Mitteleuropa neudrings gefragt. Für dieselben wurde in den meisten Fällen M. 89-91 frei Waggon Oberrhein verlangt und erzielt. Außerdem mußte zur Lieferung ein mehrmonatlicher Termin gegeben werden.

Nürnberger Hopfenmarkt.

R. In der abgelaufenen Woche verstellte sich die Haltung der Eigner noch mehr. Sie forderten weiterhin höhere Preise, die sich dazu auch noch in der Vorrückung der Qualitäten ausdrückten. Der tägliche durchschnittliche Umsatz war 450 Ballen, wobei verschiedene große Posten davon an Einzelhändler übergingen. Die durchschnittliche Tagesanfuhr an den Markt war geringer als der Umsatz und belief sich auf 400 Ballen, davon ein geringer Teil sich als Zufuhr mit der Achse darstellte. Das Angebot ist weniger dringlich als die Nachfrage, umso mehr als an den bayerischen, besonders den mittelfränkischen Produktionsorten in den letzten Tagen zu steigenden Preisen vielfach fast ganz geräumt wurde. Am Nürnberger Markt erlösten neuerdings Württembergischer Hopfen 80-100 M., Markthopfen 75-90 M., Gebirgshopfen 95 M., Hallertauer 65-105 M., Spalter Siegelhopfen 170 M. und mehr. Die Stimmung war am Markt während der Berichtwoche sehr fest. Untergebieten werden von den Eignern am Markt und an den Produktionsorten nicht mehr angenommen und auch wenig nachdrücklich von der Nachfrage gestellt. Die Umsätze halten sich demzufolge am Markt und an den Produktionsorten wegen der zusammengeschmolzenen Bestände in kleineren Rahmen. Die Spekulation deckt sich bei diesen Preisen nur sehr zögernd ein. Diese Stimmung am Nürnberger Markt übertrug sich auch neuerdings auf die anderen deutschen Märkte und Produktionsorte, wo jedoch entsprechend Qualität und Lage die Preise bei ebenfalls fester Haltung der Eigner, jedoch noch größeren Beständen zum Teil etwas niedriger sind. Von reitbarbeisenden Käufern wird daher dort andauernd ziemlich viel gekauft. Die Brauereien treten in den Produktionsorten jetzt wieder weniger kaufend auf. Dagegen wird von reitbarbeisenden Käufern am Saazer Markt bei Preisen von 70-170 Kronen noch ziemlich gekauft.

Londoner Wollauktion.

London, 4. Nov. Die Wollauktion wies eine ausgezeichnete Auswahl auf, welche zu den höchsten Preisen glatt verkauft wurde. Angeboten wurden 7997 Ballen, zurückgezogen 300 Ballen.

New Yorker Warenmarkt.

WTB New York, 4. Nov. Weizen lag infolge Nachlassens der Nachfrage vom Ausland und enttäuschender Witterungsberichte matt, schloß aber bei behaupteter Tendenz.

Kaffee eröffnete fest bei steigenden Kursen auf Klüfte der europäischen Importeure. Stützungsätze der Haussiers und geringeres Angebot. Später schwächte sich der Markt ab auf Gewinnrealisationen, Schluß behauptet.

Baumwolle zeigte zu Beginn der Börse behauptete Haltung. Die Kurse waren teilweise unverändert, eudereere Sichten bis 12 c. niedriger. Im Verlauf rief die ungünstige Lage des Handels in Baumwollwaren eine Ermäßigung hervor, die durch Liquidationen und Abgaben der Wolltreespekulation verschärft wurde. Als von der New-Orleaner Börse feste Kurvenmeldungen eintrafen, machte sich über eine bessere Stimmung bemerkbar. Ebenso trugen Berichte über Klüfte von Seiten des Auslandes und Zunahme der Anfuhr zur Erhebung bei. Schluß behauptet.

Chicagoer Warenmarkt.

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include 4% U.S. Gov. Bonds, 3% U.S. Gov. Bonds, etc.

Chicagoer Warenmarkt.

WTB Chicago, 4. Nov. Weizen eröffnete recht lau, die Kurse stellten sich gegen den letzten Schluß circa 2% c. niedriger unter dem Druck schwacher Marktberichte aus Liverpool und ungünstiger Witterungsmeldungen. Verlickt wurde die Mattigkeit durch die enttäuschende Nachfrage des Auslandes, als deren Folge nur geringe Verschiffungen gemeldet wurden. Später erfolgten Deckungen, die jedoch nur eine teilweise Erholung herbeiführen konnten. Schluß behauptet.

ONICAGO, 3. November.

Table with 3 columns: Item, 4, 3, 2. Rows include Weizen Dez., Weizen Jan., Weizen Feb., etc.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 4. Nov. (Anfliche Notierungen.) Bergfahrt-Frachtsätze: Mainz-Gustavsburg Mark 1.10, Mainzplätze bis Frankfurt am Main M. 1.20, Mannheim Mark 1.10, Karlsruhe M. 1.25, Lauterburg M. 1.35, Straßburg Mark 1.60. Schlepplöhne: St. Goar M. 0.65-0.70, Mainz-Gustavsburg M. 0.90-1.00, Mannheim M. 1.-1.10. (100 l = 227.50 Mark)

Letzte Handelsnachrichten.

WTB Wien, 3. Nov. Nach einer Meldung des „Freundenblattes“ hat gestern unter dem Vorsitz des Gouverneurs des Postsparkassenamts I. Freiherr von Schuster eine Gesamtsitzung des Konsortiums für staatsfinanzielle Transaktionen in Oesterreich stattgefunden, in welcher über die Emission einer fünften österreichischen Kriegsanleihe beraten wurde.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November.

Table with 3 columns: Station, 1, 2, 3, 4, 5, 6, Bemerkungen. Rows include Hülben, Kehl, Kassel, etc.

*) Bedeckt + 97.

